

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Kuba sprechen sich für Frieden und Sicherheit in Asien auf der Grundlage kollektiver Anstrengungen aller Staaten dieses Raumes aus. Sie unterstützen den Vorschlag über die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Zone des Friedens und treten für regionale Maßnahmen gegen das Wettrüsten und für militärische Entspannung ein.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Kuba bringen über die Situation im Mittleren Osten ihre Besorgnis zum Ausdruck, die durch Drohungen und Aggressionen des Imperialismus provoziert wurde. Sie bekunden ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker dieser Region zur Verteidigung ihrer Souveränität und territorialen Integrität, gegen Versuche der Destabilisierung, die von außen unternommen werden.

Sie bekräftigen, daß Verhandlungen zwischen den einzelnen Staaten der Region auf den Weg zu einer politischen, gerechten und friedlichen Lösung dieses Konflikts führen müssen. Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Kuba bringen ihre völlige Solidarität mit dem afghanischen Volk zum Ausdruck und verurteilen die Machenschaften des Imperialismus und seiner Verbündeten, die auf die Untergrabung des im April 1978 begonnenen revolutionären Prozesses gerichtet sind.

Beide Seiten erklären sich solidarisch mit dem revolutionären Kampf des iranischen Volkes um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts. Sie verurteilen jegliche vom Imperialismus praktizierte Form der Erpressung sowie der Androhung und Anwendung von Gewalt gegenüber dem Iran.

Erich Honecker würdigte die von der Republik Kuba als Präsident der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten unternommenen Schritte zur Lösung der gespannten Situation im Mittleren Osten auf dem Wege von Verhandlungen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Kuba bringen ihre tiefe Besorgnis über die durch den Imperialismus verursachte Verschärfung der Lage im Nahen Osten zum Ausdruck. Beide Seiten wenden sich energisch gegen die imperialistische Separatpolitik und verurteilen erneut die Abkommen von Camp David.

Sie unterstreichen die Notwendigkeit einer gerechten, umfassenden und dauerhaften Regelung auf der Grundlage kollektiver Anstrengungen aller interessierten Seiten, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der einzigen legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes, als Voraussetzung für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in dieser Region. Eine solche Lösung dieses Konflikts erfordert den vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung und Errichtung eines eigenen Staates,